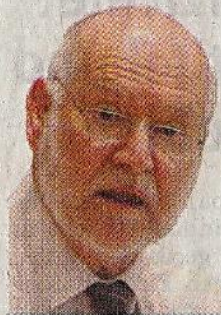


Euro-Kritiker
Starbatty in
Waiblingen

▶ Seite C1



WAIBLINGER KREISZEITUNG

www.waiblinger-kreiszeitung.de

ZV Zeitungsverlag Waiblingen E 7013

Freitag, 11. April 2014

176. Jahrgang | Nr. 85 | 1,45 Euro

Titelbild von Seite C1



Joachim Starbatty ist „gegen den Euro, weil er Europa auseinanderbringt“. Der AfD-Europawahlkandidat war in Waiblingen.

Bild: Büttner

Der Euro bedroht Europa

Europawahl am 25. Mai: So sieht es Prof. Joachim Starbatty von der „Alternative für Deutschland“

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED
PETER SCHWARZ

Waiblingen.
Zugleich Europa-Freund sein und Euro-Kritiker – geht das? Die Antwort von Prof. Joachim Starbatty, Europawahl-Kandidat der „Alternative für Deutschland“, lautet: unbedingt. Im Waiblinger Bürgerzentrum hielt er einen so volkswirtschaftlich gehaltenen wie laienverständlichen Vortrag.

Zunächst der Knalleffekt: Ein Grüpplein von der „antifaschistischen Jugend Rems-Murr“ skandiert im mit 150 Leuten bemerkenswert gut gefüllten Welfensaal des Bürgerzentrums „Hoch die internationale Solidarität“, „Rassismus!“ und „Sarrazin-Verteidiger!“ rumpelt gegen Stellwände, gellt, wenn jemand einschreiten will, „Pfoten weg“ und zieht endlich aus. Richtig interessant wird es indes erst nach dieser kindischen Ouvertüre.

Im Verdacht, ein rechtspopulistischer Deutschtümler zu sein, steht der hochrenommierte Volkswirtschaftler Prof. Joachim Starbatty wahrlich nicht. Er trägt die Ehrendoktorwürde der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder, die für das Zusammenwachsen des Kontinents wirbt; vor 20 Jahren leitete er in Tübingen ein Kolleg „Vertiefung der Europäischen Integration“. Und doch warnte er schon 1997 vor dem Euro und zog dagegen vors Bundesverfassungsgericht. Wie das?

Eine gemeinsame Währung ist an sich „eine gute Idee – wenn sich alle an die Regeln halten“, die gleiche Politik fahren. Der Webfehler von Anfang an beim Euro: Die Währungsunion wurde nicht an eine ein-

heitliche Arbeits-, Wirtschafts-, Sozialpolitik gekoppelt. Länder bildeten sich heraus, die „übermäßig konkurrenzfähig“ sind, und andere, die unter die Räder gerieten.

Früher gab es einen Mechanismus, der solche Tendenzen auffing: Angenommen, in Land A bleiben Löhne und Preise konstant, während sie in Land B steigen. Folge: Die Angebote von A werden im internationalen Wettbewerb attraktiver, die von B uninteressanter. Und nun? Land B wertet seine Währung ab, der niedrige Wechselkurs macht seine Waren fürs Ausland billiger und hielt B konkurrenzfähig.

Dieser Hebel ist weg in der Euro-Zone: In Deutschland ist der Euro „unterbewertet“, für Griechenland überbewertet. Deshalb müssen nun die starken Länder die schwachen finanziell stützen – was die Bevölkerung hier ärgert; und im Gegenzug müssen sich die schwachen Länder von den starken Reformaufgaben und Sparauflagen diktieren, in ihre innere Souveränität hineinregieren lassen – was die Bevölkerung dort aufbringt und quält.

Nein, hieß es mal, keine Sorge: Der Euro-Raum wird nicht zu einer Transfer-Union werden, es gibt ja eine „No-Bailout“-Klausel, und die sei „in Stein gemeißelt“. Die Euro-Gemeinschaft haftet nicht für die finanziellen Pflichten eines Mitgliedsstaats. Jean-Claude Juncker, aktuell Europawahl-Spitzenkandidat der christlich-konservativen Volksparteien, sagte mal, „Transfers in der Währungsunion sind so unwahrscheinlich wie eine Hungersnot in Bayern“.

Und dann wurden doch die Rettungsschirme aufgespannt, einfach so wurde das beschlossen in einem europäischen Hau-ruck-Akt, der Bundestag durfte nur nachträglich ein bisschen „Parlament spielen“ und das abnicken – es war „der Putsch der Staats- und Regierungschefs gegen die eigene Bevölkerung“, sagt Starbatty.

Heute sind in den schwachen Ländern die Regierungen nicht mehr „Herr des Geschehens“, Griechenland oder Portugal haben „eine Garotte um den Hals, die zugezogen werden kann“, sie sind in eine „drückende Abhängigkeit“ geraten, quasi „Protectorate“ geworden: Die gewählten Parlamente sind entmachtet, das Sagen haben Brüsseler Experten, Kommissare, Internationaler Währungsfonds, Europäische Zentralbank.

An diesem Punkt müsste sogar die antifaschistische Jugend mit ihrem Hoch auf die „internationale Solidarität“ ins Grubeln kommen: Denn in der Tat sind die vom Brüsseler Spar-Diktat ausgelösten sozialen Einschnitte zum Beispiel in Griechenland brutal, das Gesundheitssystem geht vor die Hunde, die Arbeitslosigkeit hat sich binnen weniger Jahre verdreifacht und strebt der 30-Prozent-Marke entgegen. Das Land mag sich fühlen wie ein Verhungernder, dem man erklärt: Du musst Diät machen. Portugal oder Spanien ächzen ähnlich. „Das kann nicht das Europa der Zukunft sein“, sagt Starbatty, „wo die jungen Leute auswandern müssen, um Arbeit zu finden.“

Mit einer neuen Drachme „neues Geschäftsmodell entwickeln“

Sein Lösungsvorschlag für Länder wie Griechenland: „Man muss ihnen natürlich ihre Schulden erlassen“, danach können sie aus dem Euro raus und mit einer abgewerteten Drachme „ein neues Geschäftsmodell“ entwickeln. Die Tourismus-Industrie würde boomen, weil ein Urlaub auf dem Peloponnes viel billiger würde, und das würde auch die Baubranche beleben.

Schlüssig? Zu schlicht? Wie auch immer, eins ist unbestreitbar: Von Griechenland bis Deutschland haben sich europäische Resentiments angestaut, die es früher so nicht gab – die Deutschen schimpfen auf „faule

Griechen“, die Griechen auf „herrliche Deutsche“. Weil einerseits überall das Unbehagen an der Euro-Politik gärt, andererseits die etablierten Parteien all das als „alternativlos“ verkaufen, blühen europaweit populistische Protestbewegungen auf. Die Zeit der Rattenfänger bricht an.

Die europäische Idee können wir nur bewahren, indem wir alle Länder in der Euro-Zone halten – so argumentieren parteiübergreifend viele in Deutschland. Diese Euro-Politik zerstört die europäische Idee – so sieht es Starbatty: Er ist „gegen den Euro, weil er Europa auseinanderbringt“.

Zur Person

■ **Joachim Starbatty**, geboren 1940 in Düsseldorf, war bis zu seiner Emeritierung Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität **Tübingen**. Geprägt wurde er in den 60er Jahren von seiner Kölner Zeit als wissenschaftlicher Assistent von Alfred Müller-Armack, der als Urheber des Begriffs und gedanklicher Mitbegründer der „**Sozialen Marktwirtschaft**“ gilt.

■ Anfang der 90er Jahre war Starbatty Gründungsdekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder).

■ Von 1969 bis 1972 wirkte Starbatty als wissenschaftlicher Referent für Wirtschafts- und internationale Währungspolitik der **CDU/CSU**-Bundestagsfraktion. 2013 trat er der **Alternative für Deutschland** bei; er sitzt im wissenschaftlichen Beirat der Partei.